

Vielfalt als Chance: Zuwanderung und Integration in Wien

Utl. Für Presseunterlage: IV-Wien Präsident Kapsch: Migration und Integration bergen hohes Potenzial für Wettbewerbsfähigkeit Wiens – Integrationsstadträtin Frauenberger: Vielfalt als Zukunftspotenzial – Caritasdirektor Landau: Sorgen der Menschen hören und Ernst nehmen – GfK Bretschneider: arbeitsmarktbezogenen Einstellungen zu Migration mehrheitlich „migrantenfreundlich“

Utl. Für OTS (Länge!): Industriellenvereinigung Wien, Stadt Wien, Caritas und GfK Austria GmbH: Zukunftschancen von Migration und Integration für Wien nutzen!

Wien (OTS) „Migration und Integration haben ein hohes Potenzial an Chancen für die Stadt Wien und ihre Wettbewerbsfähigkeit: Dabei geht es um wirtschaftspolitische (Fachkräftemangel, Innovation, internationaler Austausch) und gesellschaftspolitische (alternde Gesellschaft, Fertilitätsrate, kultureller Austausch) Faktoren“ betonte IV-Wien Präsident **Mag. Georg Kapsch**. Die Industriellenvereinigung (IV) Wien hat in diesem Sinne konkrete Vorschläge zu einer zukunftsorientierten Migrations- und Integrationspolitik in ihrer Broschüre „Vielfalt als Chance und Wachstumsstrategie“ erarbeitet. Besonders spricht sich die IV dabei für ein kriteriengeleitetes Zuwanderungsmodell sowie die Einrichtung einer dauerhaften, überministeriellen Koordinierungs- und Anlaufstelle für Migration und Integration auf Bundesebene aus. Ohne qualifizierte Migration könnten Wien, Österreich und Europa im globalen Wettbewerb schon lange nicht mehr so mithalten wie bisher, betonte Kapsch. Wie der UNO-Bericht über die menschliche Entwicklung bestätige, sei „Zuwanderung ein wesentlicher Faktor in der Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der Region und somit von zentraler Bedeutung für den Wirtschafts- und Arbeitsstandort Wien.“

Wien halte sich prinzipiell gut, dennoch gebe es weiteren Verbesserungsbedarf – etwa bei der Erwerbsquote, u.a. bei Frauen mit Migrationshintergrund, bei der Verfügbarkeit von hochqualifizierten Beschäftigten mit industriebezogener IT-Ausbildung oder bei der Haltung der Bevölkerung gegenüber Internationalisierung und Globalisierung. Wichtig sei es dabei, einmal Ängste zu nehmen, so Kapsch: „Zuwanderung ist bewältigbar: Derzeit kommt auf 130 „alte“ Wienerinnen und Wiener eine zuwandernde Person – Panikmache ist also unangebracht und unverantwortlich.“ Die IV-Wien schlägt unter anderem vor, Internationalität auf breiter wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Ebene zu fördern, das Wiener Migrations- und Integrationsmodell weiter zu entwickeln, die zielgruppenorientierte Integrationsbegleitung auszubauen oder auch vorhandene und zukünftige Potenziale weiter verstärkt zu fördern und zu nutzen. „Eine offene und pluralistische Gesellschaft wird von den Unternehmen als besonders Innovationsfördernd geschätzt“, so Kapsch.

Zwtl.: Stadt Wien: Vielfalt als Zukunftspotenzial

Wien sagt „JA“ zur Vielfalt und erkennt die Vielfalt der Bewohnerinnen und Bewohner sowie ihre vielfältigen Kompetenzen als Zukunftspotenzial. „Auf diesem Bekenntnis hat Wien auch sein Integrationskonzept aufgebaut. Wien will demgemäß Zuwanderung

zum Nutzen der Stadt und aller Menschen für eine sozial sichere und wirtschaftlich erfolgreiche Zukunft steuern“, erklärte die Wiener Integrationsstadträtin **Sandra Frauenberger** die Zielsetzung der Stadt. Daher hat Wien auch eine eigene Zuwanderungskommission eingerichtet. Unabdingbar an Zuwanderung zu koppeln sind Integrationsmaßnahmen. Dafür hat Wien das Integrationsbegleitungsprogramm „StartWien“ ins Leben gerufen, das Neuzuwandernden ab dem Zeitpunkt der Einwanderung aktiv hilft, rasch in Wien Fuß zu fassen – was den Spracherwerb, den Einstieg in den Arbeitsmarkt, die Bildung der Kinder etc. betrifft.

Wien setzt weiters auf gezielte Sprachförderung. Die von Wien geförderten Kurse zeichnen sich dadurch aus, dass sie passgenau auf die Bedürfnisse der Menschen zugeschnitten, leicht zugänglich und vor allem kostengünstig sind. Alleine 2008 haben in Wien 10.000 Menschen Deutsch gelernt. „Wir wollen weiters sicher stellen, dass alle gleiche Chancen bei Zugang zu Bildung und Arbeit haben und der soziale Aufstieg sowohl für Migrantinnen und Migranten als auch für sozial Schwache ermöglicht wird“, so Frauenberger weiter. Wien setzt daher auch gezielt Maßnahmen, um Dequalifikation zu verhindern.

Wien hat außerdem eine Initiative für ein besseres Zusammenleben gestartet, denn die Attraktivität des Standortes Wien ist entscheidend von einem integrationsfreundlichen Klima abhängig. Die Wiener Integrationsstadträtin: „Für solch ein Klima braucht es aber auch entsprechende Rahmenbedingungen auf Bundesebene. Wien fordert daher eine Neudefinition der Zuwanderungspolitik jenseits des Quotensystems, die Entkoppelung von Sicherheit und Integration sowie den Einsatz entsprechender finanzieller Mittel für konkrete Integrationsmaßnahmen. Wien ist jedenfalls mit seinem Integrationskonzept bestens gerüstet und dient als best practice für die Bundesebene.“

Zwtl.: Caritas: Sorgen der Menschen hören und engagierte, sachliche Auseinandersetzung suchen

Österreich braucht einen fairen Umgang mit Menschen, egal welcher Herkunft, und einen menschenrechtskonformen Umgang mit Schutzsuchenden. „Hier geht es um internationales Recht, nicht um good will. Beim Asylthema wird es daher erforderlich sein, endlich sachlich hinzusehen und einige Dinge über Parteigrenzen hinweg außer Streit zu stellen“, so **Dr. Michael Landau**, Caritasdirektor der Erzdiözese Wien.

Beim Thema Asyl geht es nicht um politisches Ermessen, sondern um internationales Recht, das Österreich verpflichtet. Rasche und faire Asylverfahren müssen gewährleistet werden. Die österreichischen Gesetze gelten für alle Menschen, das ist unbestritten. Wer sich nicht an sie hält, ist dem Gesetz nach zu bestrafen. „Ich halte es aber für problematisch, Menschen, die unter oft dramatischen Umständen aus ihrer Heimat fliehen müssen, vorbeugend zu kriminalisieren“, so Landau.

Wer sich mit Zuwanderung befasst, JA zu geregelter Zuwanderung sagt, muss auch JA zur Integration sagen und Worten und Ankündigungen auch Taten folgen lassen. „Integration bedeutet immer Anstrengungen für beide Seiten. Alle Beteiligten müssen Schritte aufeinander zugehen“, betonte der Caritasdirektor. Gewiss sei das Thema „Integration“ von großer Komplexität und entziehe sich einfachen Antworten. Gerade darum ist eine seriöse und engagierte Auseinandersetzung dringend an der Zeit! Aus institutioneller Sicht braucht es dringend ein eigenes Staatssekretariat für Integration,

in das alle relevanten Bereiche wie Bildung, Arbeitsmarkt und Soziales einbezogen sind. „Als Caritas begrüßen wir beispielsweise die ‚Wiener Zuwanderungskommission‘, die ausdrücklich den Auftrag hat, die Zuwanderungs- und Integrationsdebatte zu versachlichen. Wir müssen den Ängsten der Menschen mit Information und Aufklärung begegnen. Gleichzeitig müssen wir die Sorgen der Menschen - gerade auch der Jungen! - hören und ernst nehmen. Ich bin mir sicher: Was die Menschen wirklich wollen, ist ein respektvolles und solidarisches Miteinander“, so Landau abschließend.

Zwtl.: GfK: Politik sieht Österreich nicht als Einwanderungsland

Die arbeitsmarktbezogenen Einstellungen zu Migration seien mehrheitlich „migrantenfreundlich“, betonte **Prof. Dr. Rudolf Bretschneider**, GfK Austria GmbH: „81 Prozent bejahen das Statement ‚Wer legal in Österreich lebt, sollte auch hier arbeiten dürfen.‘ In Wien sind es sogar 84 Prozent. Eine Mehrheit der Österreicherinnen und Österreicher sei auch dafür, dass Asylwerberinnen und Asylwerber arbeiten dürfen sollen, während sie auf ihren Asylbescheid warten. Insgesamt ist die kritische Haltung gegenüber Fremden in Wien geringer als im restlichen Österreich.

Von vielen wird seitens der Politik ein Zugeständnis erwartet. „42 Prozent bejahen den Satz ‚dass die Politik sich dazu bekennen sollte, dass Österreich ein Zuwanderungsland ist, in Wien sind es die Hälfte der Bevölkerung (49 Prozent)‘“, so Bretschneider. Damit würden sich die Ergebnisse der Wertestudie 2008 bestätigen, dass eine ablehnende Haltung zur Zuwanderung „keineswegs mit den finanziellen Lebensbedingungen, Konkurrenzangst bzw. ökonomischen hard facts“ zusammenhänge. Denn „Konkurrenzangst“ müsste erwartungsgemäß dort am höchsten sein, wo man eine starke Präsenz von Migrantinnen und Migranten registriert (z.B. Wien mit hohem Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund). Ausschlaggebend für die anderweitig diagnostizierte „Fremdenfeindlichkeit“ (Wertestudie 2008) dürften andere Faktoren (Kriminalitätsangst, „politische Anomie“, eigene Unsicherheit etc.) sein. Die Unternehmenssicht (Migration Mirror) sei jedenfalls deutlich positiver bezüglich der Akzeptanz von Migranten/Asylwerbenden.

Rückfragehinweise:

Mag. Johannes Höhrhan-Hochmiller, Geschäftsführer IV-Wien

Tel.: 01 71135-2460

E-Mail: j.hoehrhan@iv-net.at

Gabriele Philipp, Mediensprecherin, StR. Sandra Frauenberger

Tel.: 01 4000-81295

E-Mail: gabriele.philipp@wien.gv.at

Mag.(FH) Klaus Schwertner, Pressesprecher, Caritas der Erzdiözese Wien

Tel.: 01 878 12-221

E-Mail: klaus.schwertner@caritas-wien.at

Dr. Angelika Kofler

Abteilungsleiterin Sozialforschung, GfK Austria

Tel.: 01 717 10-137

E-Mail: angelika.kofler@gfk.com